

# Wie Frankreich das Problem der inneren Sicherheit löst

Johannes Thomas

Die französische Regierung hat ihr wichtigstes Wahlversprechen vom vergangenen Jahr bereits weitgehend eingelöst. Frankreich fühlt sich wieder sicherer als in den vergangenen Jahren, als die innere Sicherheit auf der nationalen Prioritätenliste deutlich vor der Arbeitslosigkeit an die erste Stelle rückte.

Als Frankreichreisender stellt man fest, dass mehr Polizisten und Gendarmen als früher auf den Straßen zu sehen sind und die Geschwindigkeits- sowie Alkoholkontrollen erheblich zugenommen haben. Man fragt sich verwundert, wo das Kontrollpersonal sich in den Jahren zuvor versteckt haben mochte. Zugleich kann man lesen, dass die exorbitant hohe Zahl von Verkehrstoten in Frankreich zurückgegangen sei, ebenso wie die Kriminalitätsquote. Auch rhetorisch hat sich einiges geändert. Täter werden mehr als Täter denn als Opfer gesehen, und Strafen scheinen wichtiger geworden als Umerziehung. Auch wurden neue, die Polizeiarbeit erleichternde Gesetze etwa zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität auf den Weg gebracht. Und immer wieder liest man von erfolgreichen Großrazzien, zuletzt gegen die iranischen Volksmudschaheddin in Paris. Der primär außenpolitische Hintergrund dieser Aktion wurde in den Medien erst gar nicht behandelt, obwohl man sich doch hätte fragen können, weshalb Paris bisher eben diese Volksmudschaheddin so freundlich bei sich aufgenommen und sie selbst nach ihrer Verurteilung durch die EU als terroristische Organisation (Mai 2002) noch ein

weiteres Jahr beherbergt hat. Die Medien zeigten stattdessen Bilder von einer erfolgreichen Polizeiarbeit gegenüber mutmaßlichen Terroristen. Und als Schlag gegen den internationalen Terrorismus wurde die Aktion selbst von den USA gelobt – womit zusätzlicher Glanz auf Innenminister Sarkozy zu fallen schien. Kein Wunder also, dass er als oberster Polizist das populärste Mitglied in der Ministerriege der Regierung Raffarin geworden ist.

Solche Erfolge werden links von der Regierung nicht gerade goutiert. Hier macht sich auch die traditionelle ideologische Befangenheit gegenüber Polizeiarbeit und Strafjustiz bemerkbar. So stand etwa im Mai 2003 in einem Editorial von *Le Monde* zu lesen, „le modèle français“ sei in diesem Bereich dadurch charakterisiert, dass es zwei Eigenschaften kumulierte: Inhumanität und Ineffizienz. Stimmt also die Bevölkerungsmehrheit, wenn sie etwa dem französischen Innenminister Nicolas Sarkozy zustimmt, in einen Lobpreis von Inhumanität und Ineffizienz ein? Und gilt für solche Bevölkerungsmehrheiten nicht mehr, was Michel Foucault ihnen noch 1975 (in: *Surveiller et punir. La naissance de la prison*; deutsch: Überwachen und Strafen, 1976) als Grundüberzeugung zugeschrieben hatte, dass es nämlich unschön sei, straffällig geworden zu sein, aber andererseits das Bestrafen selbst einem gar kein Ansehen verschaffe? Hat es, mit anderen Worten, in Frankreich einen Rechtsruck gegeben?

Innere Sicherheit ist ein Gut, auf das die Bevölkerung insgesamt ein Anrecht

hat. Nach den Worten Sarkozys ist sie daher die erste der Freiheiten, welche die Republik verteidigen muss. Dass jedoch die Durchsetzung dieser Freiheit auch eines massiveren Polizei- und Justizeinsatzes bedürfe, war eine Einsicht, die sich selbst bei der bürgerlichen Rechten erst spät durchgesetzt hat. Bis zum Wahlkampf für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im vergangenen Jahr war die Verstärkung repressiver Methoden für die Durchsetzung innerer Sicherheit vor allem das Thema des rechtsextremen Front national (FN) gewesen.

### Themen Le Pens

Erst als ab 2001 die Bedrohung der inneren Sicherheit bei den Wählern zum Thema Nummer eins geworden war, versuchten die rechtsbürgerlichen und sozialistischen Politiker, sich als Garanten der Kriminalitätsbekämpfung zu profilieren, und das fiel den Vertretern der Linken aufgrund ihrer ideologischen Traditionen naturgemäß nicht gerade leicht. Der Wahlkampf musste schließlich mit den Themen Le Pens geführt und gewonnen werden. Damit hatte auch der amtierende Staatspräsident Jacques Chirac anfänglich seine Schwierigkeiten, aber er schwenkte gerade noch rechtzeitig auf die harte Linie Le Pens ein. So war der Ausgang des ersten Durchganges der Präsidentschaftswahlen, trotz allem Erstaunen und Erschrecken darüber, dass der rechtsextreme Le Pen den durchaus als erfolgreich geltenden Regierungschef Lionel Jospin aus dem Rennen werfen und nur knapp von Chirac geschlagen werden konnte, im Grunde kaum verwunderlich. Es hatte nur niemand damit gerechnet, dass die Wähler jenseits aller politischen Korrektheit im Sinne ihrer Prioritäten stimmen würden.

Wie aber konnte es überhaupt dazu kommen, dass die innere Sicherheit zum wichtigsten Thema der Franzosen wurde? Eine erste Antwort scheint die Statistik zu liefern:

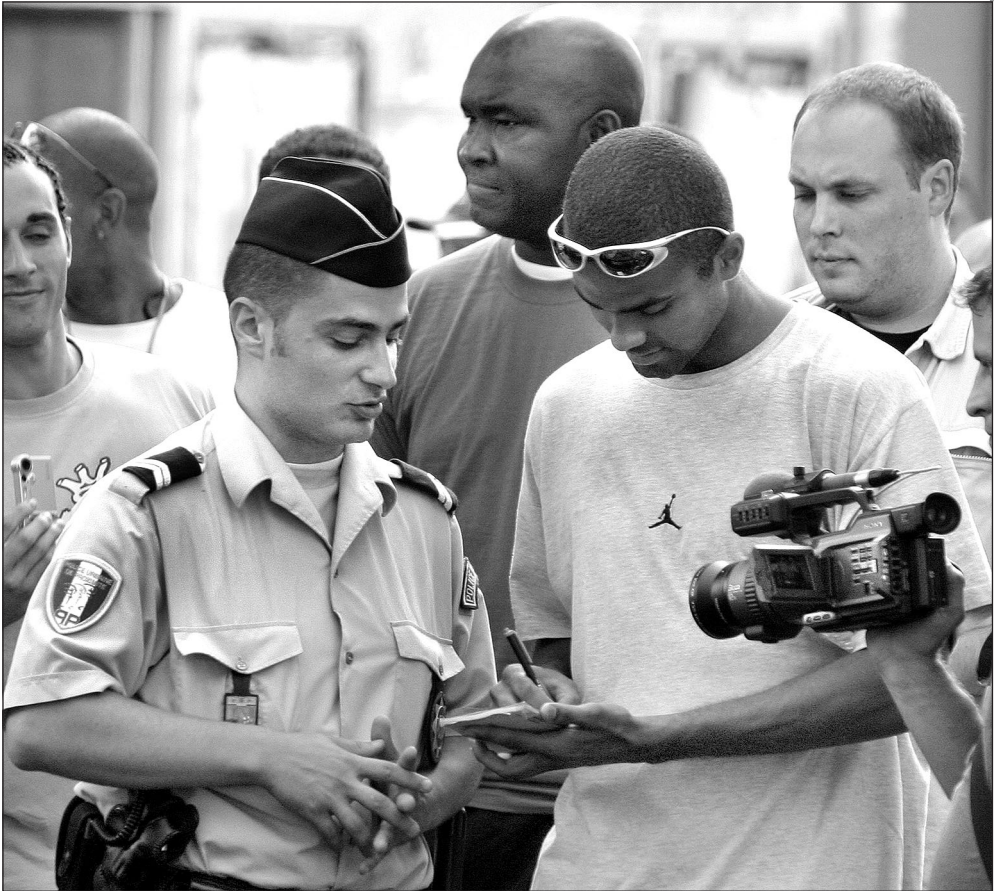
2000 stieg die Kriminalitätsquote um 5,72, 2001 um 7,69 Prozent. Der Anstieg der Gewaltdelikte war besonders auffällig: 1987 kamen auf zehntausend Personen 6,12 Delikte, 1999 etwa zweieinhalbmal so viele (16,27). Auch die Jugendkriminalität wuchs zwischen 1995 und 2001 überproportional, und zwar bei den Zehn- bis Dreizehnjährigen von elf Prozent auf 22 Prozent; bei leichteren Strafen (die in erster Linie Jugendliche betreffen) betrug die Zunahme fünfzig Prozent. Die Zahl der Verurteilungen von Jugendlichen unter 16 Jahren hatte sich im gleichen Zeitraum verfünffacht und war von 3500 auf 17 500 gestiegen, bei den 16- bis 18-Jährigen hatte sie sich fast vervierfacht (von 5800 auf 20 000).

Zugleich hatte die mediale Konzentration auf das Thema der inneren Sicherheit vor und während des Wahlkampfes eine zuvor und danach nie gekannte Intensität angenommen, wie die Medienforschung inzwischen bestätigen konnte. Ein solches Medieninteresse ist aber nie durch bloße Statistiken zu wecken. Es setzt vielmehr Grundstimmungen plus mediengerechte Ereignisse mit Symbolcharakter voraus.

Le Pen hat mit seinem Programm immer schon Wählergruppen ansprechen können, die weit über das Wählerreservoir des rechtsextremistischen Front national hinausreichten, und das galt auch für seine, im letzten Jahr allerdings sehr gedämpft vorgetragenen, aber im Grunde doch rassistischen Positionen. Denn seine Zuwandererkritik zielte nicht nur auf „Ausländer“ und hier auf die illegalen Einwanderer insbesondere aus Schwarzafrika, sondern auch und in erster Linie auf Franzosen, und zwar auf die zweite und dritte Generation der Einwanderer aus Nordafrika, die trotz französischer Staatsangehörigkeit oft abfällig als „dreckige Araber“ tituiert werden und vielfach jene Vorstädte bevölkern, die als *quartiers sensibles* gelten. Die Zustim-

*Die verstärkte Präsenz der Polizei hat die Kriminalitätsstatistik in Frankreich stark verändert.  
Hier ein Pariser Polizist mit Profibasketballer Tony Parker am 21. Juli 2003.*

© epa: sipa, Fotograf: Dioniso



mung zu Le Pens These, es gebe zu viele Zuwanderer, und man fühle sich in Frankreich nicht mehr zu Hause, lag 2002 trotz Rückganges der araberphoben Stimmungen immerhin noch bei 54 Prozent. Sie ist, seit Saddam Hussein dank entsprechender Propaganda vielen für weniger gefährlich als die Administration Bush galt, weiter zurückgegangen. Es waren auch gar nicht in erster Linie rassistische Vorurteile, welche die Abneigung der Bevölkerung gegenüber bestimmten *banlieues* genährt haben, sondern deren Verknüpfung mit der sehr realen Bedrohung der Sicherheit in Immi-

granten-Vierteln, in denen man sich nachts kaum auf die Straße wagen und sein Auto nicht einfach am Bordstein geparkt stehen lassen kann, wenn man es am nächsten Morgen wiedersehen möchte. Und so dachte und denkt man in Frankreich, wenn von innerer Sicherheit die Rede ist, zunächst einmal an eben diese *quartiers sensibles* und da vor allem an die Jugendlichen nordafrikanischer Abstammung, die, zum größten Teil arbeitslos, nicht ganz ohne Grund für die prekäre Sicherheitslage in den *cités* verantwortlich gemacht werden. Le Pens Forderung nach strengem Vorgehen

gegen die Kleinkriminalität, nach härteren Strafen für Jugendliche und nach mehr Rechten für die Polizei, die 2002 von 86 Prozent beziehungsweise 76 Prozent der Befragten geteilt wurde, zielte in der allgemeinen Wahrnehmung eben auf die Jugendlichen in diesen Vierteln, die vielerorts selbst von der Polizei gemieden wurden.

Das Gespenst der „*cités*“ hat schon seit mindestens zwei Jahrzehnten zur Beunruhigung der Bevölkerung beigetragen, vielleicht auch deshalb, weil nur darüber berichtet wird, wenn, wie zu Silvester, Randalie und brennende Autos gezeigt werden können.

Allerdings ist heute das Hauptproblem vieler solcher Viertel, wie der Präsident von SOS-racisme feststellte, der Kampf gegen das Abgleiten in einen identitären Islamismus.

### Beispiel Vénissieux

Das Beispiel von Les Minguettes in Vénissieux, östlich von Lyon, ist für die Illustration dieser Entwicklung vielleicht besonders gut geeignet. Zu Beginn der achtziger Jahre waren in diesem Viertel mit seinen gut 20 000 Einwohnern hauptsächlich nordafrikanischer Herkunft die heftigsten Unruhen in ganz Frankreich ausgebrochen. Man sprach damals allgemein von einer Explosion der *banlieues*. Heute ist dasselbe Viertel de facto in der Hand der Muslimbrüder, die in Frankreich wie in Deutschland als extremistische Organisation gelten. Auf dem von den Muslimbrüdern bestellten Terrain ist nun eine andere Saat gereift, nämlich die des islamistischen Terrorismus. Viele Jugendliche gingen mit Stipendien nach Saudi-Arabien, aber sie gingen auch in die Ausbildungslager Afghanistans. Zwar gelten die Moscheen des Viertels nach offizieller Lesart nicht als Orte integristischer Propaganda, aber es ist andererseits auffällig, dass zwei der sechs Franzosen, die in Afghanistan als Taliban-Kämpfer verhaftet

und nach Guantánamo verbracht wurden, von hier stammen, dass der tunesische Selbstmordattentäter von Djerba von Vénissieux aus logistisch unterstützt wurde und auch einer der Verdächtigen, die im Zusammenhang mit einem Attentatsplan auf die russische Botschaft verhaftet worden sind, hier groß geworden ist.

Die Debatten um einen mit den Werten der Republik nicht verträglichen fundamentalistischen Islam in Frankreich hatten nach dem Angriff auf die Twin Towers in New York neuen Auftrieb erhalten. So verbanden sich im Wahljahr Vorstellungen von kriminellen Jugendlichen, Randalierern und von islamistischen Terroristen in den *quartiers sensibles* zu einem Bedrohungsmix, der offiziell so nie thematisiert wurde, aber in den Köpfen präsent war. Es reichte aus, von Jugendkriminalität zu reden, um entsprechende Assoziationen zu wecken. Sie fanden in den häufigen Berichten über antijüdische Aggressionen insbesondere zur Zeit des Wahlkampfes zusätzlich Nahrung. Zu erwähnen wären etwa ein Angriff auf eine jüdische Fußballmannschaft, auf einen Schülerbus, schwere Beschädigungen von Synagogen und jüdischen Versammlungsräumen mit Geländewagen oder Motolowcocktails, Wandschmierereien und verbale Attacken. Erst durch die französisch-amerikanischen Auseinandersetzungen in der Irakfrage wurde die arabische Bedrohung im öffentlichen Bewusstsein dann, etwas pointiert formuliert, durch die amerikanische abgelöst, wenigstens bei einem Teil von Frankreichs Linkswählern.

Verstärkt wurde das Unsicherheitsempfinden durch ungeschicktes Agieren der pluriellen Linksregierung, insbesondere durch das Gesetz von Justizministerin Elisabeth Guigou, die *loi Guigou*. Frau Guigou hatte dabei lediglich nach europäischen Vorgaben und Vorhaltungen seitens militanter Menschenrechtsorganisationen dem Prinzip der Unschuldsum-



tung Rechnung tragen und das Festhalten in polizeilichem Gewahrsam erschweren wollen. Schon die Ankündigung dieses Gesetzes hatte Proteste der Richter provoziert, die sich allerdings nur dagegen wandten, dass sie die Konsequenzen des neuen Gesetzes ohne zusätzliches Personal tragen sollten. Aber Ende 2001 hatten tausende Polizisten gegen die *loi Guigou* und zugleich für mehr Personal und Geld auf den Straßen von Paris demonstriert, gefolgt von den Gendarmen, die immerhin Militärs sind und schon gar keine Berechtigung zu Streiks haben. Die Regierung Jospin hatte, statt Disziplinarverfahren gegen die Streikenden einzuleiten, sich ihrem Druck gebeugt, den Etat des Innenministers erhöht, Stellen geschaffen und sogar eine Überarbeitung der *loi Guigou* in Angriff genommen. Das bezeugt die Nervosität der Regierung Jospin ebenso wie die angeheizte Stimmung im Lande.

### Ereignisse mit Symbolfunktion

Hinzu kamen mehrere Ereignisse, die ebenfalls eine Symbolfunktion für das Versagen der Regierung gewinnen sollten. Ein Mordverdächtiger, genannt nach seiner Herkunft „le chinois“, war aus der Untersuchungshaft freigelassen worden und hatte zwei Polizisten getötet. Das war zwar vor dem Inkrafttreten der „loi Guigou“ (Januar 2001) geschehen, wurde aber trotzdem diesem neuen Gesetz angelastet. Die Polizei kündigte daraufhin an, ein Alarmnetz zur Überwachung von Justizentscheidungen einzurichten. Deutlicher hätten die Ordnungshüter ihr Misstrauen gegenüber der Justiz und den für sie politisch Verantwortlichen kaum artikulieren können. Hinzu kamen Berichte über spektakuläre Fluchtversuche, Morde, Selbstmorde und Angriffe auf das Wachpersonal in den hoffnungslos überfüllten Gefängnissen.

Schließlich wurde kurz vor den Wahlen über einen spektakulären Massenmord in Nanterre berichtet, wo ein etwas

verwirrter und geltungssüchtiger Arbeitsloser während einer Sitzung des Stadtrates das Feuer eröffnete und acht Stadträte tötete sowie fünfzehn teilweise schwer verletzte. Er wurde sogleich verhaftet und stürzte dann erstaunlicherweise während der Vernehmung aus der Dachluke des Verhörzimmers.

Da half es der Regierung wenig, dass nun auch sie versuchte, auf den Spuren Le Pens zu wandeln und das Thema der inneren Sicherheit zum zentralen Thema ihres Wahlkampfes zu machen. Damit vergrätzte sie nur ihre eigene Klientel.

Jacques Chirac, der im Wahlkampf zunächst zwischen den sicherheitspolitischen Positionen von ganz links und ganz rechts einen gleichmäßigen Abstand halten wollte, schwenkte am Ende weitgehend auf die Linie von Le Pen ein, was er dadurch kaschierte, dass er sich auf den früheren New Yorker Bürgermeister Giuliani berief, der nach dem Angriff vom 11. September auch wegen seiner Nulltoleranz in Frankreich populär war. Nachdem allerdings der Begriff „Null-Toleranz“ zu sehr als Giuliani-Plagiat wirkte, fanden seine Berater mit der *impunité zéro* ein eigenes wirksames Schlagwort für die künftig unbarmherzige Strenge des Gesetzes, von der er bekanntlich nur sich selbst ausgenommen hat. Auch leichte Delikte von Jugendlichen sollten angemessen bestraft werden, eine alte, von Le Pen immer wieder erhobene Forderung, die vor allem auf die „jeunes des cités“ zielte. Ebenfalls vom FN übernommen war die Forderung, Heim- und Haftstrafen für 13- bis 16-Jährige sowie Sozialarbeit für straffällige Kinder ab zehn Jahren einzuführen. Als dann einige Städte für die Sommermonate ein nächtliches Ausgehverbot für Kinder unter dreizehn einführten, fand auch das Chiracs nachdrückliche Unterstützung. Auch hier war die Zielrichtung klar, jedenfalls laut Delano, dem sozialistischen Bürgermeister von Paris, der darin eine weitere Maß-

nahme zur Stigmatisierung und Ausgrenzung der Jugendlichen aus den Vororten sah.

## Zügige Umsetzung

Chiracs Programm wurde nach den Wahlen zügig umgesetzt. Das war er seinen Wähler, die ihn im zweiten Durchgang der Präsidentschaftswahl mit gut achtzig Prozent der Stimmen bedacht hatten, um Le Pen zu vermeiden, wahrhaftig schuldig. Innenminister Nicolas Sarkozy und Justizminister Dominique Perben erklärten denn auch gleich, dass die Sicherheit die erste der bürgerlichen Freiheiten bedeute, welche die Republik für alle Franzosen zu garantieren habe. So wurden 5,6 Milliarden Euro zusätzlich für die innere Sicherheit und 3,65 Milliarden Euro zusätzlich für die Justiz vorgesehen. Neben den Ausgabensteigerungen für die Landesverteidigung beanspruchte die innere Sicherheit den stärksten Zuwachs im Haushalt der Regierung Raffarin.

Schon im August 2002 nahm der Senat einen Gesetzesvorschlag an, der im Einzelnen vorsah: die Schaffung von zusätzlich 7000 Stellen in der Gendarmerie und von 6500 bei der Polizei. Es wurde ein nationaler Sicherheitsrat mit dem Staatspräsidenten an der Spitze beschlossen, außerdem die Einführung der schon von Jospin vorgesehenen *Conseils locaux de sécurité* (lokale Sicherheitsräte, in denen Polizei, Gemeindeverwaltung, Jugendämter und so weiter zusammenarbeiten sollen). Gendarmerie und Polizei sollten überdies in den Genuss besserer Räumlichkeiten kommen. Die hunderttausend Gendarmen behalten zwar ihren militärischen Status, wurden aber Innenminister Sarkozy unterstellt und sollen mit den 144 000 Polizisten künftig zusammenarbeiten. Für alle Ordnungskräfte soll bei polizeilichen Ermittlungen unter Voraussetzung richterlicher Anordnung der unmittelbare Zugang zu allen Daten bei Verwaltungen,

Telefongesellschaften und so weiter ermöglicht sowie das Abhören von Telefonen erleichtert werden. Zusätzlich unterstützt werden die regulären Ordnungskräfte durch Reserveeinheiten aus pensionierten Beamten. Und schließlich wurden *groupes d'intervention régionale* (Regionale Eingreifgruppen/GIR) aus Polizisten, Gendarmen, Zöllnern, Steuer- und Arbeitsinspektoren gebildet. Die GIR sollen bei der Bekämpfung der Schattenwirtschaft, beim Aufspüren illegaler Einwanderer, bei der Verhinderung nichtrechtmäßiger Okkupation von Gelände durch Zigeuner sowie bei der Rauschgiftbekämpfung eingesetzt werden. Vor allem hier, bei Drogenrazzien, ließen sich leicht Erfolge erzielen, da Frankreich Europameister im Konsum von Haschisch ist. Schon in den ersten Wochen nach der Gründung dieser neuen Einheiten meldeten die Medien spektakuläre Razzien und die Beschlagnahme großer Mengen verschiedener Drogen. Aber die GIR sind auch auf den übrigen Gebieten, die ihnen zugewiesen wurden, erfolgreich tätig. Anfang Juni 2003 wurde zum Beispiel gemeldet, dass sie im Pariser Raum die Mitglieder einer „Muslim Association“ wegen Verdachts der Geldwäsche und des Betruges in polizeilichen Gewahrsam genommen haben.

## Breites Spektrum der Maßnahmen

Die zusätzlichen Mittel für die Justiz sollen der Bekämpfung der Jugendkriminalität, der Strafjustiz und der Stärkung der Rechte von Verbrechenopfern zugute kommen. Insgesamt werden zehntausend Gefängnisplätze zusätzlich eingerichtet und zehntausend Personen in verschiedenen Apparaten der Justiz eingestellt. Für die zehn- bis dreizehnjährigen Straftäter sind wie bisher Erziehungsmaßnahmen, aber nun auch Aufenthaltsverbote für bestimmte Orte vorgesehen. Die 13- bis 16-jährigen Wiederholungstäter können, wie ebenfalls bisher schon, in

geschlossene Erziehungsanstalten eingewiesen werden, wobei deren Geschlossenheit eher symbolischen Charakter hat. Neu ist, dass denen, die die Regeln dieser Anstalten verletzen oder sich ihnen gar durch Flucht entziehen, Gefängnis droht.

Die gesetzlichen Maßnahmen wurden durch einen Gesetzentwurf vom Oktober 2002 durch weitere Vorschriften zur inneren Sicherheit ergänzt: Sie verschärfen den Druck auf Prostituierte, die unter Androhung von zwei Monaten Gefängnis plus 3750 Euro Geldstrafe weder passiv noch aktiv Kunden anlocken dürfen. Darauf sind die meisten osteuropäischen und afrikanischen Prostituierten von den Straßen verschwunden, was aber nicht bedeuten muss, sie seien nicht mehr in Frankreich.

Ein ganz neuer Straftatbestand ist das Betteln, wobei es nicht allein um die zuvor schon mögliche Verfolgung mafia-ähnlicher Netze geht, die Kinder, etwa aus Rumänien, nach Europa bringen, ihren Einsatz als Bettler organisieren und die Gewinne einstreichen. Hierauf stehen jetzt drei Jahre Gefängnis plus eine Geldstrafe von 45 000 Euro. Mehrere Rumäninnen sind auf Grund dieses Gesetzes bereits zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Aber auch das „aggressive“, das belästigend-insistierende gemeinschaftliche oder individuelle Betteln selbst kann jetzt Grund für eine Verurteilung sein, und zwar zu sechs Monaten Haft und 7500 Euro Geldstrafe. Selbst das Besetzen leer stehender Gebäude ist als neuer Straftatbestand mit sechs Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 3000 Euro bedacht, und schließlich will die Regierung das wilde Campieren von Zigeunern unterbinden. Ihnen drohen sechs Monate Gefängnis, 3000 Euro Geldstrafe, die Konfiszierung des Zugfahrzeuges und der Entzug des Führerscheins für drei Jahre.

Das Verbot schließlich, sich gruppenweise in den Gemeinschaftsbereichen von Wohnhäusern aufzuhalten, ist eindeutig gegen die *jeunes des cités* gerichtet.

Sie sollen außerdem durch neu zu installierende Kameras besser überwacht werden.

Insgesamt gesehen, so urteilen alle linken Parteien und Organisationen, aber auch Richter und Wohltätigkeitsorganisationen, hat der Staat damit den Krieg gegen die Armen eröffnet. So sieht es auch die renommierte Tageszeitung *Le Monde*, nicht aber die Mehrheit der Bevölkerung.

Die neue französische Regierung hat im Übrigen auch die organisierte Kriminalität und den Kampf gegen den Terror ins Visier genommen. Im Lauf der Debatte wurden zwar einige Vorschriften des Gesetzesentwurfes abgemildert, aber insgesamt ist die Verschärfung der Maßnahmen doch unübersehbar. So dürfen Verdächtige jetzt von Anfang an einen Anwalt herbeirufen und nicht erst nach 36 Stunden, aber sie können bis zu 96 Stunden in Polizeigewahrsam festgehalten werden. Fast von selbst versteht sich, dass unter der Voraussetzung richterlicher Anweisung nächtliche Durchsuchungen, das Abhören von Gesprächen oder auch der Einsatz von verdeckten Ermittlern erleichtert worden sind.

Zugleich wurden nach angelsächsischem Vorbild die Möglichkeit geschaffen, sich bei kleineren Delikten schuldig zu bekennen und ohne ein ordentliches Verfahren (mit Aussicht auf Strafmilderung) verurteilt zu werden, und es wurde die Figur des reuigen Insiders eingeführt, der als Informant belohnt werden soll. Schließlich wird von jedem, der mit der Polizei in Konflikt gerät, ein genetischer Fingerabdruck genommen. Fingerabdrücke nimmt die Polizei im Übrigen von jedem, der einen Personalausweis beziehungsweise dessen Verlängerung beantragt.

Was sagt nun die Statistik? Schon im Juni 2002 wurde gegenüber dem Juni 2001 ein Rückgang der Kriminalitätsquote um gut sieben Prozent konstatiert. Und in der Ile de France gab es in 2002, wie im März

dieses Jahres mitgeteilt wurde, erstmals seit 1997 wieder weniger kriminelle Handlungen. Bei den Autodiebstählen betrug der Rückgang 9,1 Prozent, beim Raub 6,4 Prozent und bei den bewaffneten Raubüberfällen 9,1 Prozent.

Erklärt wird dieser Rückgang, der trotz neuer Straftatbestände zu Stande gekommen ist, die eigentlich für ein Ansteigen der Kriminalitätsquote hätten sorgen müssen, mit der abschreckenden Wirkung der Schlag auf Schlag verkündeten neuen Vorschriften und mit der stärkeren Polizeipräsenz, aber auch mit den sich häufenden Meldungen über Fahndungserfolge in den Medien.

Zum Maßnahmenkatalog für die Verbesserung der inneren Sicherheit gehörte schließlich auch die Ankündigung strafrechtlicher Maßnahmen gegenüber der illegalen Einwanderung. Der am 30. April 2003 eingebrachte und inzwischen beschlossene Gesetzesentwurf bot für die Linke kaum Angriffsflächen, denn er enthielt zugleich eine Reihe von Vorschriften zur besseren Integration von Ausländern, die auch von den Linksparteien gefordert worden waren.

Im Einzelnen soll die illegale Einwanderung durch folgende Maßnahmen bekämpft werden: Da die meisten Illegalen als Touristen einreisen, wird bei Anträgen auf ein Touristenvisum ein Fingerabdruck genommen. Die Beglaubigung von Einladungen an Ausländer, deren Vorliegen für die Erteilung einer Einreisegenehmigung vorausgesetzt ist, kann vom jeweiligen Bürgermeister abgelehnt werden, wenn ein Betrugsverdacht besteht oder die Unterbringungsbedingungen nicht erfüllt sind. Die Dauer der Abschiebehaft wird verlängert und an die in der EU übliche Dauer angepasst. Zur Bekämpfung von Scheinehen werden sie unter anderem als Straftatbestand eingeführt, der mit fünf Jahren Haft und 30 000 Euro Geldstrafe belegt wird. Zum Schutz junger Französinnen vor Zwangsehen etwa während der

Ferien im Heimatland ihrer Vorfahren, müssen sie sich vor der Hochzeit mit dem Ehepartner dreimal in größeren Abständen im Konsulat vorstellen.

Größeren Eindruck als die Vorschriften im Einzelnen aber haben die medial intensiv begleiteten Abschiebungen von illegalen Einwanderern aus Afrika in ihre Heimat gemacht. Sie demonstrieren deutlicher als alle Erklärungen auf bedrucktem Papier, dass Sarkozy es mit der Bekämpfung der illegalen Einwanderung ernst meint.

Sehr viel mehr Zurückhaltung erlegen sich Politik und Medien gegenüber Straftätern aus dem islamistischen Umfeld auf.

Die rund dreihundert polizeilichen Untersuchungen und dreißig Gerichtsverfahren gegen Islamisten werden nicht an die große Glocke gehängt. Eine Ausnahme machte die Verhaftung von Christian G. aus Duisburg, gegen den das BKA trotz eindeutiger Beweise für dessen Verbindung zu den Djerba-Attentätern keinen Haftbefehl hatte erwirken können. Diese Inhaftierung wurde als besonderer Erfolg der französischen Polizei (gegenüber der deutschen) nachdrücklicher herausgestellt. Überhaupt erwähnt der Chef der französischen Sicherheitsdienste in einem seitenlangen Interview mit *Le Monde* kein einziges Mal die durchaus gepflegte Zusammenarbeit mit Deutschland, er lobt aber die sehr enge und wertvolle Kooperation mit CIA und FBI.

Wie auch immer man das beurteilen mag, die Umsetzung der Wahlversprechen im Bereich der inneren Sicherheit hat nicht nur Erfolge bei der Verbrechensbekämpfung gezeitigt, sondern zugleich auch politische Früchte getragen. Die innere Sicherheit wurde den Rechtsextremen als erfolgreiches Wahlthema weggenommen und ist nun das Erfolgsthema der bürgerlichen Rechten. Im Dezember vergangenen Jahres lag die Popularitätsquote von Innenminister Sarkozy bei 66 Prozent.